

Die „Volkswache“
erscheint täglich Montag auf
Samstag und ist durch die
Expedition, Neue Graupeute 5/6,
durch die Post und
durch Goldverteile zu erhalten.
Preis vierthalb Pf. 2.50.
pro Woche 20 Pf.
Postleitzahl Nr. 7289.

Insertionsgebühr
beträgt für die einjährige
Veröffentlichung oder deren Kürze
20 Pfennige, für Vereins- und
Vereinigungskreis
10 Pfennige.
Anträge für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Wilkowicht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhäfige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 29.

Freitag, den 3. Februar 1899.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Zur Lage der Arbeiter in den Staatsbergwerken.

Dem preußischen Landtag ist eine ziemlich umfangreiche Denkschrift über die Verwaltung der preußischen Staatsbergwerke, -Hütten und -Salinen während des Staatsjahres 1897/98 vom preußischen Handelsminister Breslau zugegangen.

Gleich die allgemeine Übersicht wird mit folgenden „erfreulichen“ Mittheilungen eingeleitet: Dant der günstigen Weiterentwicklung der gesammten gewerblichen Thätigkeit haben sich auch im Jahre 1897/98 die staatlichen Bergwerke, Hütten- und Salinenbetriebe andauernd eine befriedigende Lage befunden. Dazu bei den festen zum Theil sogar

zu hohen Preisen herrschte das ganze Jahr hindurch auf dem Markt eine so lebhafte Nachfrage nach Bergwerksprodukten, daß derselben zeitweise kaum völlig genügt werden konnte. Unter diesen Umständen und da im Uebrigen der Betrieb selbst regelmäßig von statthen ging und von bedeutender Störungen verschont blieb, gestaltete sich auch das wirtschaftliche Ergebnis wieder recht günstig.

Leider haben die Arbeiter von diesen erfreulichen wirtschaftlichen Ergebnissen keinen nennenswerten Nutzen gehabt, wie sich später aus den Nachweisungen über die gezahlten Löhne hat und deutlich ergeben wird.

Der Gesamtwert der Förderung der Steinkohlen-, Braunkohlen-, Erz- und Salz-Bergwerke des Staates hat betragen: im Jahre 1896/97 114,065,940 Mark bei 56,880 Arbeitern, im Jahre 1897/98 127,016,313 Mark bei 59,010 Arbeitern. Im Jahre 1897/98 also mehr 12,950,373 Mark bei einer Verstärkung der Arbeiterschaft um 2130. Hier springt sofort die ungleiche prozentuale Vermehrung ins Auge. Während der Wert der Förderung um 11,35 Prozent gewachsen ist, hat sich die Arbeiterzahl, die diese Werthe gefördert hat, nur um 3,74 Prozent vermehrt. Die Jahresleistung eines Arbeiters betrug nach dem Verwaltungsbericht auch im Jahre 1896/97 256 Tonnen, im Jahre 1897/98 262 Tonnen. Die Kräfte der Arbeiter sind also wieder um ein beträchtliches mehr angespannt worden.

Die Zunahme des Absatzes erklärt sich aus dem fortgesetzten gestiegerten Bedarfe des Landes, dessen Kohlen verbrauchende Industriezweige andauernd in lebhaftester Beschäftigung standen. Auch der Absatz nach Russland hat sich vermehrt, während die Ausfuhr nach Destrreich nur eine sehr geringe Zunahme aufweist.

Trotz dieser überaus günstigen Lage der staatlichen Betriebe ist der Jahresverdienst der Bergarbeiter nicht überall gestiegen, im Gegen teiltheilweise zurückgegangen. Der Jahresarbeitsverdienst der unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergleute betrug bei den Häusern auf Königsgrube 1187 Mark, bei den Förderleuten 695 Mark gegen 1205 Mark und 666 Mark im Staatsjahr 1896/97. Auf Königin Luisengrube stellte sich der durchschnittliche Jahresverdienst für die Häuser auf 1188 Mark, für die Förderleute auf 705 Mark gegen 1127 Mark und 675 Mark im Vorjahr. Hier nach berechnet sich der durchschnittliche Häuserlohn für eine Schicht auf beiden Gruben gleichmäßig zu 4,27 Mark. Für die Schlepper stellt sich der durchschnittliche Verdienst für eine Schicht auf Königsgrube zu 2,48 Mark auf Königin Luisengrube zu 2,54 Mark.

Im Saarbrücker Steinkohlenrevier ist eine erheblich

Anzahl Bergleute mehr als im Vorjahr beschäftigt worden. Am letzten Tage des Berichtsjahrs waren auf sämtlichen Werken über und unter Tage 35,928 Mann beschäftigt, das sind 1503 Mann mehr als am gleichen Tage des Vorjahrs. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst stellte sich für die im Gedinge beschäftigten Häuser auf 1313 Mark gegen 1252 Mark im Vorjahr, der durchschnittliche Jahresverdienst für sämtliche Arbeiter 1088 Mark gegen 1044 Mark im Vorjahr. Hier ist also der Wochenlohn durchschnittlich um etwa 1 Mark gestiegen. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß in den Löhnen für die eigentlichen Bergarbeiter die Kosten für Del und Gezähle (6 Pfennig pro Schicht) und bei sämtlichen Arbeitern auch noch die Knappshafisbeiträge (25 Pf. pro Schicht) einbezogen sind.

Die Zahlen in der vorletzten Rubrik beziehen sich auf den Bezirk des Oberbergamts Breslau. Die Löhne sind dort bedeutend niedriger als im Saarrevier und beweisen von Neuem, daß man auch von einem Notstand der schlesischen Bergarbeiter in Staatsbetrieben sprechen kann, natürlich genug zu schweigen von den Löhnen, welche von der Privatindustrie in diesem östlichen Winkei des Reiches gezahlt werden.

Was die Betriebsunfälle anlangt, so kamen 126 Arbeiter gegen 96 im Vorjahr zu Tode. Von der Gesamtzahl der tödlichen Verunglücks entfallen auf den Steinkohlenbergbau 118, auf den Braunkohlenbergbau 3, auf den Erzbergbau 4, auf den Hüttenbetrieb 1. Ein größerer Unfall, bei dem 8 Menschen zu Tode kamen, ereignete sich am 17. Januar 1898 auf der Königin Luisengrube in Oberschlesien in Folge eines Brandes in der Grube. Die verhältnismäßig große Zahl der durch Stein- und Kohlenfall herbeigeführten Unfälle veranlaßte die Regierung, im Berichtsjahr eine Kommission von Sachverständigen einzuberufen, deren Aufgabe es sein soll, die hauptsächlichsten Ursachen dieser Unfälle zu ergründen und Mittel und Wege ausfindig zu machen, um denselben thunlichst vorzubürgern. Die Arbeiten dieser Kommission, deren 38 Mitglieder theils aus der Zahl der höheren und niederen königlichen und Privatbergbeamten berufen, theils den Meilen der Arbeiter entnommen sind, haben im Berichtsjahr vorzugsweise die Beschaffung des erforderlichen statistischen und wissenschaftlichen Materials zum Gegenstand gehabt, auf dessen Grundlage die weiteren Untersuchungen und praktischen Vorschläge sich aufzubauen werden.

Unzweifelhaft geführt der Sozialdemokratie das Verdienst, daß endlich einmal Arbeiter in die Unfallkommission berufen worden sind. Die Unfälle werden aber erst dann abnehmen, wenn Arbeiterspektoren ähnlich die Bergwerke werden untersuchen dürfen.

Bismarck's gefährliche „Papierchen“.

Die Bismarck'schen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben:

„In der Zeit, in der der General-Feldmarschall v. Manteuffel Statthalter von Elsaß-Lothringen war, führte Fürst Bismarck eine lebhafte Korrespondenz mit ihm über die wichtigsten politischen Fragen. Die Briefe waren fast durchweg privater Natur, und so kam es, daß sie im Besitz des Feldmarschalls verblieben und nach dessen Tode mit seinem übrigen kostbaren Bestand den Erben anheimfielen. Ein Berliner Banquier und Autographensammler erstand sie von den Erben für den Preis von 40 000 Mark. Das kam zur Kenntnis eines in der Bismarck-Litteratur sehr bekannten Mannes. Er wandte sich an den Besitzer des kostbaren Materials mit der Bitte, ihm die Durchsicht der Briefe zu gestatten: nicht nur diese Erlaubnis, sondern sogar die Anfertigung von Abschriften wurde in

Ansicht gestellt. Ehe aber an die Ausführung geschritten wurde, wandte sich der Banquier, der außer mit einem Theile des hohen Adels auch mit dem preußischen Hofe zu thun hat, an das preußische Hausherrnministerium mit der vertraulichen Anfrage, ob von dieser Seite nichts im Wege stehe. Da wurde ihm der Bescheid, er würde durch die Eröffnung einer Veröffentlichung jener Briefe des Fürsten Bismarck allerdings seine geschäftlichen Beziehungen zum Hausherrnministerium gefährden. In Folge dessen bat der Banquier den Fürster höflich um Entschuldigung, daß er seine Ansage nicht erfüllen könne; jene geschäftlichen Beziehungen seien für ihn aber doch zu wertvoll, und so wolle er den eigenartigen Schatz von Bismarckbriefen dann lieber unbewußt in seiner kostbaren Autographensammlung liegen lassen.“

Der Manteuffel'sche Nachlaß soll überhaupt die gefährlichsten „Papierchen“ enthalten, vor deren Veröffentlichung die Interessenten reichsdeutscher Legendenpolitik steig zu zittern haben. Einanderheit wird der „Schmied des Deutschen Reiches“ heute mit allen Mitteln der Möglichkeit beraubt, seinem Volke das Vermächtnis seines Genius zu offenbaren. Die Schreiberezeugnisse Bismarck's stehen heute oben an auf dem Index der verbotenen Schriften. Der Geist des Sozialistengesetzes fehlt sich nun wider seinen Schöpfer und Bismarck gilt als der Umschwärzler Oberster.

So erklärt sich auch die Unterdrückung des dritten Bandes der „Memorien“, der zwar von der „Königlichen Zeitung“ offiziös aus der Welt geredet ist, der aber existirt und — droht.

Es wird weiter ausgewiesen.

Weil sie „läufig gefallen“, sind nach dem jüngsten Amtsblatt der Regierung zu Schleswig ausgewiesen: ein Schlosser, ein Tagelöhner, ein Kuhfleck, ein Handlungsliebling, ein Reifer, ferner eine schwedische Dienstmagd. Die wider die Dienstmagd Anna Marie Caroline Köhler, zur Zeit in Hörup I, geboren zu Kolding, erlassene Ausweisungserfüllung wird zurückgenommen, da sie nicht die dänische, sondern die preußische Staatsangehörigkeit besitzt.

Ferner wird der „Boss. Ztg.“ geschrieben, daß der Hofbesitzer B. J. Krogh in der Umgegend von Christiansfeld von dem Amtsrichter Valentin die amtliche Mittheilung erhielt, daß, wenn er nicht aus allen dänischen Vereinen austrete, sein Hirte ausgewiesen werde. Krogh antwortete, er könne das nicht, er sei 1818 dabei gewesen. Aus ähnlichen Fällen, die aus Hadersleben, Søllerup, Derby und Stobrum gemeldet werden, darf man schließen, daß man mit den Ausweisungen auch die Vereine treffen will, die auf gesetzlichem Boden und unter schärfster öffentlicher Kontrolle stehen.

Zum Fall Delbrück

berichtet „Die Hilfe“ des Paters Naumann, daß die „obersten Häupter der Berliner Universität“ in einer Besprechung beschlossen haben, nichts für Delbrück zu thun, obwohl sie sich dem Eindruck nicht verschließen, daß eine Verwarnung Delbrucks auf die geistige Freiheit aller Professoren ungünstig wirken müsse. Aus der Meldung geht nicht hervor, ob es sich um einen Senatsbeschuß handelt oder um eine Unterredung zwischen einzelnen Professoren. jedenfalls hat Professor Döbbeck sehr tapfere Kollegen!

Aus dem neuen Postgesetz

erschlägt die „Magdeburger Ztg.“ folgende Einzelheiten: Grundsätzlich sollen die geschlossenen Briefe innerhalb eines Ortes ausschließlich durch die Reichspost befördert werden. Die Reichspost soll das gleiche Recht bekommen, die Fortführung

mussten hätten, als wollten sie fragen: Wie kommt Du denn hierher, Alter? Und Timpe, der einer dieser Blicke aufgeflogen und seine Bedeutung wohl verstanden hatte, mußte sich sagen, daß es seinen grauen Haaren schlecht stehe, zu so später Stunde an diesem Ort zu sitzen. Endlich fragte er das ihn bedienende Mädchen, ob man hier den jungen Herrn Timpe kenne?

„Den schönen Franz? — Er versteht sich! Alle Welt kennt ihn ja!“ erwiderte sie lächelnd und zeigte ihre weißen Zähne.

Ob sie wohl die Freiheitlichkeit haben wolle, den jungen Mann auf wenige Augenblicke herauszurufen? Er habe ihn sehr dringend zu sprechen. Das Mädchen blickte den Alten verwundert an. Gewiß war das Junge aus Urbans Fabrik, der eine Bestellung auszurichten hatte. Er möchte nur dort hineingehen, sagte sie dann. Der Meister aber bestand auf seinem Wunsch. Nach einigen Minuten öffnete sich die Thür wieder, und Franz trat herein, gefolgt von zwei seiner Freunde, die ihre Neugierde befriedigen wollten. Beim Anblick des prächtigen Erscheinung seines Sohnes, die noch gehoben wurde durch leichte Röthe des Gesichts und durch den Ausdruck des Frohstuns, hatte er im Augenblick nur noch Verachtung für ihn. Er erhob sich und trat ihm mit ausgebreiteter Hand entgegen.

„Mein Junge!“

Franz war betroffen. Sein Vater hier und im Wechselanzug? Das hatte er nicht erwartet. In Augenblick erfuhr er die Situation: die aufmerksamen Blicke der Gäste ringsherum, schwer Freunde, namentlich der Männer, die ihn immer für einen Sohn aus bestem Hause gehalten hatten.

(Fortsetzung folgt)

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreuzer.

(Delbrück verboten.)

„Es wird für uns Handwerker nicht anders werden auf Erden, als bis eine neue Staubflut kommt und die Fabriken und Schornsteine verschlingt. Da wird der Werth der Menschen, die übrig bleiben, sich erst beweisen. Jeder wird zu zeigen haben, was er gelernt hat. Wir müssen in den Urzustand zurücktreten, habe ich gestern gesehen, und das wird wohl das Beste sein. Haben die Menschen, die vor tausend Jahren ihren Adler bebauten und sich die Dinge, die sie brauchten, selbst anfertigten, nicht viel glücklicher gelebt? O, Meister Timpe, ich habe viel gesehen — früher, als ich noch meinen Laden besaß. Aber die Bücher sind zum Teufel gegangen, tragen Sie mir meine Gläubiger . . .“

Kindergerüste erklangen aus einem Nebenzimmer. Möchte sprang auf. „Einen Augenblick — der Junge hat die Flasche verloren“, sagte er und verschwand in der einzigen Wohnstube, wo seine Frau mit sechs Kindern saß.

Als er wieder zurückgekehrt war, ging die Thür ehemals wieder. Es war Kreuzer, der seinen Kopf hereinfleckte. Er wollte sich ein wenig erfrischen und dem Klempner einen Schluck anbieten.

„Nun, Herr Timpe“, sagte er nach der Begrüßung, „das denne ich schnell ans Ziel gelangen. Ihr Sohn hat doch nicht zu viel gesagt, damals — ich meine in jener Radauzeit.“ Auch Meister Rölte kam auf die Verlobung zu sprechen, und Timpe geriet nun zum zweiten Male in Verlegenheit. Wie schien, wußte die ganze Nachbarschaft bereits davon, nur allein hatte in letzter Stunde erfahren. Er kam sich wie

„Ja, ja — Sie sind zu beneiden. Wer solch' eine Aussicht für die Zukunft hat, der kann sich schon getrost ohne Sorgen des Abends niederlegen“, sagte Rölte. Kreuzer erwiderte bei dieser Gelegenheit, daß die Nachfeier drüber in der Raupachstraße vor sich gehe. Da spendete Herr Franz inmitten seiner Freunde ganz gehörig. Er habe ihn vor ungefähr zwei Stunden hineingehen sehen. Das Lärm und Singen schallte durch die ganze Straße, und die Kneipe sei wohl bis zum frühen Morgen dauernt.

Timpe horchte auf. Als er mit dem Wächter auf der Straße war, ließ er sich das Restaurant näher beschreiben und bat den wütigen Beamten um weitere Aufschluß. Nach der Trennung schritt er unbewußt, halb wie im Traume, der Raupachstraße zu. Er hatte plötzlich den Entschluß gefaßt, in dem Stammlokale seines Sohnes noch ein Glas Bier zu trinken. Bei dieser Gelegenheit würde er ihn gewiß sehen und sprechen können. Jemand eine Ausklärung wußte er haben. Was sollte auch seine Frau dazu sagen, wenn er ihr die Neuigkeit mitteilte, ohne etwas Anderes hinzufügen zu können?

Das betreffende Restaurant gehörte einer behäbigen Witwe und war der Sammelpunkt von jungen Leuten größtenteils Studenten. Es gab hier einen guten Tisch, die bedienenden Rädchen zeichneten sich durch Schönheit und Liebenswürdigkeit aus, und die Speisen standen in einem vorzülichen Rufe. Als Timpe den ersten großen Raum betreten hatte, öffnete sich gerade die Thür eines kleinen Zimmers, aus dem lautstark Stimmengeist und fröhliches Lachen herausschallte. Sein Blick fiel auf seinen Sohn, der inmitten der langen Tafel saß und lebhaft mit der Schenkmaus sprach, um deren Taille er den Arm gelegt hatte.

Der Meister setzte sich. Rechts und links von ihm saßen sehr vergnügt verbrannte junge Männer, die ihn gleich bei

der Privatförderung geschlossen Briefe von ihrem Willen abhängig zu machen. Diese Förderung soll unter Aufsicht der Postverwaltung stehen, die ihre Fortbildung genüglichen oder verweigern kann; auch kann jeder Zeit der Widerstand der Genehmigung erfolgen, ohne daß eine Entschädigung gezahlt wird. Die Altfindung ist so gedeckt, daß man den Gewinn, der aus der Förderung geschlossener Briefe entsteht, in vier bis achtzehn Beiträge erstaigt. Dabei soll aber auch die Zeit des Wirkens der Privatförderungsanstalt in Betracht gezogen werden. Ein fester Termin ist für das Instruktions der Nevelle noch nicht in Aussicht genommen, da man voraussichtlich mit dem Enteignungsvorfahren bei verschiedenen Präsentanten zu rechnen hat. Für Entschädigungen sind 6—7 Millionen Mark in Aussicht genommen.

Die bedingte Begnadigung. Wie bereits kurz mitgetheilt, ist dem Redakteur von Seiten des Reichs-Juristen eine Zusammenfassung der in den größeren deutschen Bundesstaaten bestehenden Bedingungen über die bedingte Begnadigung und die Ergebnisse der bisherigen Anwendung dieser Vorschriften zugang. Die Gesamtheit der Fälle, in welchen bis zum 1. Dezember 1898 in den Bundesstaaten, in welche Erhebungen vorliegen, eine Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf spätere Begnadigung beschlossen worden ist, beträgt 15.683. Davon entfallen 10.075 (wohl über zwei Drittel) auf Preußen. Am Uebrigen vertheilen sich die Fälle auf die einzelnen Bundesstaaten folgendermaßen: Bayern 1938, Sachsen 814, Württemberg 599, Baden 63, Hessen 13, Mecklenburg 192, Oldenburg 63, Elsaß-Lothringen 615; Zweite 1898. Besonders die Abrechnungen in den Hauptstädten der Anwendung sind hierach nicht zu bemerken. Dennoch vertheilt die Höhe der absoluten Zahlen erheblich im Verhältnis den Bedeutungswertlichen der in Betracht kommenden Bundesstaaten. — Nach allen von den einzelnen Bundesstaaten erlassenen Anordnungen soll bei der Bewilligung von Strafentzugs vorbehaltlich das Vorliegen des Verurteilten in Betracht gezogen werden. Da Baden ist es schlichten Veranlassung der Bewilligung des Strafentzugs, daß der Verurteilte noch keine Freiheit erlangt hat. Auch in Bayern und Württemberg wird diese Vorbedingung wesentlich als Regel gefordert. In den anderen Bundesstaaten ist ebenfalls eine Voraussetzung der Bewilligung, daß die betreffende Person in keiner sonst vornehmlich nur erstmals verurteilte Personen berücksichtigt werden.

Die Zahl der Jugendlichen überwiegt bei Weitem. In Preußen lagen vor 1898 zwischen 53.600 und Personen unter einschlägigen Jahren. In Preußen werden vornehmlich nur erwachsene Personen berücksichtigt. In Bezug der Art und der Höhe der Strafen überwiegen bei Weitem die Geldstrafen. Es handelt sich, wie weiter eine bedingte Begnadigung vorfindet, wobei Preußen fast Monate Geduld anzeigt.

Ueber neue Uniformabzeichen werden, wie es heißt, Entmündungen gepflogen. Danach sollen wieder einmal die Paradeschärpen, Gradsätze, Spaullettes und den Münzen bzw. Palstöts der Offiziere geändert werden. Um ein entsprechendes Abzeichen zum Parade-Anzug zu haben, ist in Erwägung genommen, daß die Offiziere überneue Fangschärpen erhalten, wie sie von den Fliegengesellen getragen werden. Man ist sich noch nicht schlüssig, ob man nach russischer oder nach österreichischer Art „reformieren“ soll. — Für die Stützpunkte sind diese „bedeutenden Streitkräfte“ ziemlich gleichgültig, siche ist für sie nur soviel, daß sie wieder zahlen müssen für Reiterungen, die nur im Interesse des Paradesomps liegen.

Laßt alle Hoffnung fahren! Massenhäuser läutet im Bureau des Abgeordnetenhauses und bei den einzelnen Abgeordneten des Hauses Petitionen der Urnebeamten und der mittleren Beamten ein bezüglich der zur Verhandlung stehenden Besoldungserhöhungen. Aus den Bekanntmachungen der Abgeordneten aber tritt schon jetzt deutlich hervor, daß die höheren Belohnungen des Finanzministers von Nutzen folgernd, die kontraktiven Parteien, überhaupt die Weichheit der Kommunen, entschlossen sind, alle Aenderungen an dem von der Regierung ausgestellten Besoldungsplan abzulehnen.

Keine desertierten Palästinafahrer. Die Rechtsritter, nach der sechs Monaten im Kriegsamt von der feuerlichen Kugeln der Feinde gerettet und in Hamburg mit dem „Dampfer Lebens“ angelommen seien, bedarf noch der Post der Richtigstellung. Es waren keine Monaten, sondern Leute, die sich für die französische Fremdenlegion hatten anwerben lassen, die dann in Suez auf dem Transocean nach Torkat desertirt und sich freiwillig dem deutschen Korps in Altkarabiet stellen.

Ein Schiedsgericht zwischen dem Fürsten und dem Landtag soll in Gotha eingerichtet werden. Es befinden dort langjährige Differenzen zwischen dem Landtag und der Vertretung der Domänen, aus denen das Einflussen des Herzogs bestimmt wird. Der Landtag zielt nun in folgender Bedeitung bei der Berichtigung vom Schiedsgericht, die der Regierung zunächst verschafft erfordern. Sie hat jetzt das neue Jagdrecht zurückzuholen, weil seine Einsicht auf deutscher Brustseite behandelt. Damit hat sich der Drang zu dem Schiedsgerichtsbeschluß verstanden.

Nasland.

Galizische Schadewirtschaft.

Die Lemberger Sparkasse wird seit vierzehn Tagen vor ihrer Einlegern erste Zeigtage zur Rückzahlung der Einlagen bestimmt. Nicht immer bringt, wie unter diesen Petitionen erhält, wieder eine neue Seite der galizischen Schadewirtschaft das Ergebnis. Nach dieses sei unmittelbar seit dem bestehenden Zeitpunkt, in dem mehr als 30 Millionen Gulden Einlagen von 73.000 Einlegern fortgeschritten waren und erneut erfordern, in ganz Rücksichtnahme auf das gefährliche Schadewirtschafts geworden, der alle öffentlichen Unternehmungen in Beziehung steht, um seine schädlichen Wirkungen zu bremsen. Rückzahlung soll bei einer Summe von zwei Millionen erhalten werden, aber es ist noch gar nicht gesagt, daß das alles ist. Das immer erneute Ende der ersten Einlagen wurde in Rücksichtnahme gegen das zu Spekulationen in Betrieb zu bringen verordnet. Der Schadewirtschaft soll der Direktor Biene ist, eine „bedeutende Verfeindlichkeit“ und Schäfte bei bestimmten Funktionären, bei Geistlichen, insbesondere bei den Sparkassen, bei Banken, bei Versicherungsgesellschaften, bei Proprietäten, bei Kolonialen, usw., alle Gefahr, die in ihnen zu gewinnen sei, aufzuzeigen nicht in den Sanktionen.

Herrnhauermitglied Marchwicki und der Direktor der Landeskirche Boryski an. Dieser selbe Boryski ist soeben als der „Vertrauenmann“ der Regierung bei der Überprüfung und Überwachung der in Not gerathenen Lemberger Sparkasse bestellt worden. Wen kann sich vorstellen, mit welcher Verlässlichkeit die Revision vorgenommen werden wird. Das Misstrauen, das die geangestigten Einleger zu Tausenden in die Stadt trieb, um ihre schwer erworbenen Ersparnisse aus den Klauen dieser gewissenlosen Bande zu retten, wird auf diesem Wege wohl kaum gebannt werden. Die österreichische Nachgiebigkeit gegen die Schlachzonenwirtschaft hat es glücklich dahingebracht, daß alles Vertrauen der galizischen Bevölkerung, daß Treue und Glauben dort gänzlich zu verschwinden im Begeiste sind. Bisher war dies nur bei der Justiz und der Verwaltung der Fall; jetzt fängt das Volk auch schon an, für seine Sparfüsse-Eislagen zu ziehen, und wie man sieht, mit vollem Recht, trotz aller beruhigenden „Communiques“, die die hohe Statthalter auf Grund der Prüfung durch ihren Vertrautenmann — Boryski erklärt!

Keine Amnestie.

Die italienische Deputirtenkammer verhandelt über den Bericht der Wahlprüfungscommission, der vorschlägt, einen Sitz in Mailand und einen zweiten in Ravenna für erledigt zu erklären, weil die Deputirten Turati und de Andreis wegen ihrer Theilnahme an den Meutunen verurtheilt wurden. Bovio beantragt, die Entscheidung auszuführen. Bovino verlangt, daß die Kammer sich zu Gunsten einer Amnestie erkläre. Ministerpräsident Pessina erklärt, die Regierung lehne die Anträge Bovios und Bovini ab, weil sie den Vorrechten der Krone zuwiderliefen. Der Antrag Bovios, dem sich Bovani anschließt, wird in namenlicher Abstimmung mit 214 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Unsere Genossen Philippo Turati und de Andreis sind bekanntlich von der als „Gericht“ organisierten Prätorianerbende zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden und von der Ende vorigen Jahres beschlossenen sogenannten „Amnestie“ ausgeschlossen.

Die Revision in Gefahr!

Ueber den neuesten Erfolg des französischen Generalstabes wird unserem Leipziger Parteiorgan geschrieben:

Durch einen Gesetzesentwurf, der nichts anderes als ein Staatsfeind in „gesetzlicher“ Form ist, hat die Regierung beschlossen, den rechtlichen Gang des Revolutionsverschens zu unterbrechen. Die Zivilverbände soll durch ein Aufruhrsgesetz mit zwingender Kraft nach in elfster Stunde ihr gerechte bezw. gewogene Richter erhalten an Stelle der durch das allgemeine Gesetz vorgesehenen Richter der Kriminalkammer.

Als vor ein paar Monaten einige patriotische Deputirte zuerst in der Kammer die Rendition der Richter beantragt hatten, da wurden sie allgemein ausgelaufen. Speziell die Regierung sprach sich im Namen der übertrüffelbaren Grundlagen des Staates gegen das Gelegenheitsgesetz aus. Was ist nun seitdem geschehen, um den Richterstand, der alle bisherigen Richterstände in der Revolutionäre übertrumpft, unvermeidlich zu machen? Weiter nichts als die Bestrafung der Ueberzeugung der Zivilverbände, daß die Enquête der Kriminalkammer ihrer Kanzlei bedient. Dafür der Klatschsturm Beaufaires und der „Sieg des französischen Vaterlandes“, daher die sofortige Verlautbarungs- und Beschimpfungskampagne gegen die ausnahmsweise aufrichtig gehandelten Richter. Und die Zivilverbände, alias die „erhabene Verkörperung des französischen Vaterlandes“, hat sich auch müßig genug entzweit, um der jungen Regierung den Reiz ihres Willen aufzuzeigen.

Die Richter und der Senat werden aller menschlichen Respekt nach ihrerseits Diene parieren — und der „gesetzliche“ Staatsfeind ist perfekt.

Die französischen Blätter bringen trotz allem auf einen „Sieg der Gerechtigkeit und der Weisheit“. Eine lästige Erinnerung dieses „Sieges“ verzerrt eines Gewalturtheils, der gerade auf das Gegenteil berechnet ist, der die letzten Rechte des Richterstandes zerstreut! Aber auch abgesehen von der allgemein bedrohlichen Bedrohung des Gewalturtheils, liegt es am der Hand, daß die falschen Richter nicht ruhen will, bis sie ihr legitimes Ziel erreicht haben, nämlich die Richter in eine Stube umgesiedelt. Bereits heute, mitten im Februarjahr über den Erfolg verlobten die französischen Spannungen der Generalstaats, daß die Revolutions-Enquete der „Revolutionären“ Kriminalkammer verurtheilt werden müsse, falls anders das kommende Urteil „zumutbar“ ist und die „Legitime Beleidigung“ — will sagen: die Rendition der Richterstand — ankommt. Und auch die „Sieg des französischen Vaterlandes“ — die mit Recht ihre „Revolution“ nennen darf — stellt sich „gefürchtet“ unter dem rechtlichen Vorzeichen, „die Richter zu benennen und die öffentliche Meinung einzuhören“ . . . Mit anderen Worten, sie ist bereit, ebenfalls im Dienste des Generalfestes endgültig gegen den gewünschten Gewalturtheil Stellung zu nehmen.

Die ganze Frage steht mit einer Referenzurtheil, eben jetzt Seinen, gestern zur Entzerrung an eine Richterstube, in der kein freier Platz, sondern die Gewalt eingesetzt. Die Gewalt aber ist und bleibt auf Sicht des verdeckten Richterstandes.

Parlementarisch.

In dem offiziellen Frühstücksvortrag des preußischen Regierungsschreibers ist die Rede von Richter bei den Sondertribunalen, nicht wie bisher statt unter den Sondertribunalen eingestellt. Stattdessen bei erledigten Richtern für Sondertribunale und die Sondertribunalen 145 Richter statt 100 Richter, bei Sondertribunalen befindet sich Konstituierung des Richters bei einem Sondertribunalen Richter (Richter) über 71 Tage. Die Sondertribunale sind mit 50, die Sondertribunalen mit 20 Richtern besetzt, 13 Richter und 12 Richter des Sondertribunals.

Partei-Angelegenheiten.

Der Sozialdemokratische Verein in Harburg hatte am 1. Januar dieses Jahres 1230 Mitglieder, gegen 1200 und 1000 in den vorhergehenden beiden Jahren. Die Renten sind hierbei nicht mitgerechnet.

Der Sozialdemokratische Verein für den 1. Hamburger Wahlkreis hatte am Jahresbeginn 286 Mitglieder. Die Einzahlung betrug 18.864,98 M., die Ausgabe 18.582,55 M.

Der Sozialdemokratische Verein für Wilhelmsburg am Ende zählte Anfang März vorigen Jahres 598 Mitglieder und kostet 706. Die Jahreseinnahme betrug 2920,20 M., die Ausgabe 2878,65 M.

Sozialdemokratieverfolgung unter anarchistischen Deckmantel? Verschiedene Zeitungen, deren polizei-offizielle Beziehungen bestanden, hatten die Nachricht gebracht, daß der aus Reichs-L. ausgewiesene Genosse Barbus (Dr. Helphand) in Gera Mitglied einer Anarchisten-Vereinigung gewesen sei soll. Barbus, der noch vor wenigen Monaten Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden war und dort als solcher ausgewiesen wurde, verteidigte sich gegen die Verdächtigung, er sei Anarchist, mit aller Entschiedenheit in folgendem, an das Reichs-Ministerium gerichtet Schreiben:

„An das Reichs-Ministerium, L. Ministerium,

Abteilung für das Innere.

Verschiedene Zeitungen bringen die Nachricht, daß laut polizeilicher Drahtmeldung aus Gera meine Ausweisung aus Reichs-L. deshalb erfolgte, weil ich Mitglied einer Anarchisten-Vereinigung gewesen sein soll. Ich war aber niemals Anarchist und gehörte in Gera keiner anarchistischen, überhaupt seiner politischen und auch keiner gesetzlichen Vereinigung an. Sollte das wirklich der Grund der Ausweisung gewesen sein, so beruht diese — mit der Verfügung: binnen 24 Stunden das Land zu verlassen und wenige Tage, nachdem meine Familie aus Dresden zu mir zog — auf einer argen Verleumdung. In diesen Fällen bin ich gern bereit, die Polizeibeamten, von denen jene Mithilfe ausgegangen sein sollte, der Lüge zu übermeiden, und ersuche um die Erlaubnis, zu diesen Zwecken nach Gera zurückzukehren zu dürfen. Mein nächster Bekanntestes in Gera bestand aus einigen Mitgliedern des rheinischen Landtags, sowie der Gemeinderäthe in Gera und im Unterhaus. Auch sonst verlehrte ich nur ehrlichen Arbeitern, die zwar mühsam ihr Brod erwerben und Reichtümer für andere häufen, aber in ihren persönlichen und sozialen Beziehungen so viel Gerechtigkeit und Rücksicht übten auf das Wohl und Wehe ihrer Mitmenschen entwickeln, daß anarchistische Grausamkeiten ihrem stolzen Empfinden nicht minder widersprechen, als etwa andere Brutalitäten.“

Ergebnis:

Dr. phil. Helphand. Sofern Dr. Helphand's Ausweisung aus Reichs-L. wirklich auf Grund der falschen Bezeichnung erfolgt sein sollte, er sei Mitglied einer anarchistischen Vereinigung gewesen, so wird sich die reußische Regierung hoffentlich bewußt sei, daß es ihre moralische Pflicht ist, dem Reichsverdeßbaren Gelegenheit zu geben, die Schulden zur Rechenschaft ziehen zu können. Ist die Ausweisung aber aus dem Grunde erfolgt, daß Dr. Helphand ein aus dem Auslande gebürtiger Sozialdemokrat ist, so müßte es, unsern Erachtens, der reußischen Regierung schon die Selbststichtung gesiehen, diesen Grund unzweckmäßig bekannt zu geben.

Majestätsbeleidigungsprozeß.

Vor dem Breslauer Landgericht wurden gestern mehrere Majestätsbeleidiger abgeurteilt. Die beiden sogenannten „Arbeiter“ Otto Goebel und Max Störmer, ein paar vielbeschäftigte Bagaburden, trieben sich im vorigen Monat obdachlos umher und beschafften sich trotz des ihnen von der Polizei ertheilten Befehls kein Unterkommen. Am 10. Januar ergingen sie sich öffentlich in unsäglichen Redensarten gegen den Kaiser und wurden deshalb festgenommen. In Folge dessen wurden sie heut wegen Majestätsbeleidigung zu je drei Monaten Gefängnis und wegen Obdachlosigkeit zu je einer Woche Haft verurtheilt. Nach Verjährung der Strafe werden sie der Landespolizeibehörde zur Unterbringung im Arbeitshaus überwiesen werden. — Dagegen wurde der Hardelsmann Albrecht Siebler, welcher am 27. Dezember v. J. in einem Restaurationslokal Beleidigungen gegen den Kaiser, gegen den hiesigen Polizeipräsidenten und gegen die Schatzmeister ausgesprochen hatte, freigesprochen, nachdem durch die Beweisaufnahme festgestellt worden war, daß er sich dabei im Zustande sinnloser Trunkenheit befunden hatte.

Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegung der Maurer Berlins und der Vororte im Jahre 1898. Nach dem soeben von der Lohnkommission des Zentralverbandes der deutschen Maurer (Bauhütten Berlin und der Vororte) herausgegebenen Geschäftsbericht, haben im vergangenen Jahre insgesamt 121 Bauten, an denen 286 Maurer arbeiteten, statthaft waren, stattgefunden. Richtige Erfolge sind in Bezug auf die allgemeine Einführung des 60 Pf. Stundenlohnes erzielt worden. Während bei der Baukontrolle am 30. Juni noch 112 Bauten mit 1208 darauf beschäftigten Maurern, die unter 60 Pf. Stundenlohn arbeiteten, verzeichnet wurden, waren bei der Baukontrolle am 22. November von insgesamt 621 Bauten mit 667 Maurern nur noch 47 Arbeitsstellen mit 484 Maurern vorhanden, wo unter 60 Pf. Stundenlohn bezahlt wird. Fast resultiert ist jedoch der Kampf um die Befreiung der Mägde und der Bauten verlaufen. Zu der Zeit vom 2. August bis 31. Dezember 1897 und vom 12. Mai bis 31. Dezember 1898 wurden von den getätigten Maurern Berlins und der beteiligten Vororte für die Lohnbewegung die Summe von 153.338,01 Mark aufgebracht. Die Beiträge für die Organisationen kommen hierbei nicht in Betracht.

Das Arbeitersekretariat in Frankfurt a. M. das jüngst eröffnet wurde, erfreut sich eines sehr regen Zuspruchs seitens der Frankfurter Arbeiterschaft. Im Monat Januar besuchten das Sekretariat 1138 Personen.

Weberkreis. In der Baumwolleweberei der Firma Gebr. Sanders in Braunschweig bei Osnabrück ist es zur Arbeitsbeschaffung gekommen. Beihilft sind 102 Arbeiter und Arbeitnehmer.

Im der Werkzeugfabrik Jelob u. Sohn in Straßburg-Gesäßheim ist ein Wissstand aufgebracht. Ursache derselben sind unzureichende Rohstoffzuge.

Der Kampf der Kreisfelder Weber. Wie bekannt wird, hat der Streikausschuss der christlichen Weber mit den Fabrikanten eine Rahmenvereinbarung vereinbart. Bei der Hartarbeit, mit der die Fabrikanten auf ihrem Standpunkt behalten, vorher nicht auszurechnen, daß von dieser Seite gegenüberliegende Zugeständnisse zu erwarten sind. Diese Aussicht hat sich bestätigt, denn ein Telegramm meldet uns, daß die von den christlichen Weibern und ihrer Organisation eingehalteten Verhandlungen reißend verlaufen sind. Weitere Verhandlungen werden vom Textilarbeiter-Verband geführt werden. Beide Kreise der christlichen Organisationen gehen zu unerwarteten Schlußfolgerungen über.

Bei einem Konflikt zwischen dem Arbeiters-Verband und dem Chefenden des Gewerbegeichts war es, wie berichtet wurde, in Gießen gekommen. Die Arbeiters erhielten eine Lohnzehrung von 30 Pf. aufzubringen. Der Chefende des Gewerbe-

vor der Verkündigung eines Urtheils eine Berathung und Abstimmung vorgenommen wird, sobald ein Weßler es beantragt. — Aus der Antwort ergiebt sich also, daß die Beisitzer sachlich im Recht sind. Und trotzdem haben sie die Ordnungsstrafe von je 30 Mark erbalten. Die Angelegenheit ist übrigens mit der vorliegenden Antwort noch nicht erledigt, vielmehr kommt die Sache vor das Landgericht, indem der Weßler gegen das Strafmandat Berufung einlegt haben.

Aus aller Welt.

Ein Raubmord ist am Mittwoch in der Thalbüchner Straße zu München verübt worden. Die Pfandlehrerin Diets wurde mit durchschnittenen Fingern in ihrem Laden aufgefunden. Eine größere Geldsumme, Brillanten und Uhren schien vom Thäter ist bis jetzt keine Spur entdeckt. Die Witwe Diets hinterläßt 6 Kinder.

Erhängt hat sich Dienstag Nacht zu Karlsruhe im Gefängnisgefangnis der etwa 60jährige Kaufmann, Stadtverordneter und Armenrat Gustav Bronner. Bronner war am Dienstag wegen Verdachts von Stillschweigungsvergehen, begangen an Kindern, mit denen er in seiner Eigenschaft als Armenrat in Verbindung kam, verhaftet worden.

Durch eine Feuerbrunst bei Sturmwind wurden in der ungarischen Ortschaft Nagy-Bobrocz (Apiauer Komitat) 300 Häuser in Asche gelegt. Zahlreiche Menschenleben fielen den Flammen zum Opfer.

Erneut Justiz. Die Rigaer Geschworenen sprachen nach dem Landesbrauge eine gewisse Bonassi frei, die ihren Liebhaber ermordet hatte. Einige Freunde des Getöteten, weniger galant als die Geschworenen, warteten vor dem Gerichtspalast auf die Bonassi, die sofort enthaftet wurde, als der Freispruch erfolgt war, nahmen sie in ihre Mitte und schnitten ihr ohne Federlese den Hals ab. Den Leichnam ließen sie vor dem Gerichtsaal nieder.

Die Justiz fordert, in Cincinatti seien viele Döser, daß die Überanstrengung und Erkrankung schier zufanmenbrechen und auch die Leichenbegorger nicht wissen, wie sie die Arbeit bewältigen sollen. Da die klimatischen Verhältnisse im Osthof der Entwicklung der Lungenerkrankung überhaupt sehr günstig sind, tritt diese bei zahlreichen Grippe-Erkrankungen als Begleitererscheinung auf und die Zahl der Todesfälle beläuft sich täglich mit zwölfbis fünfzehn. Man schätzt die Zahl der Grippe-Erkrankungen in der Stadt auf mindestens 50.000. Die Sorge wird in den Palästen der Richter ebenso gut angetroffen, wie in den Häusern der Armen. Die deutsche Lehrerin Jennie Stamm, die seit einigen Tagen an der Grippe litt, hat sich den Hals abgeschnitten. Die Krankheit hatte das Gehirn angegriffen. Die junge Dame stammt aus einer sehr achtbaren deutschen Familie.

Die Post ist in Karrachi (Indien) von Neuem ausgebrochen, die Einwohner verlassen die Stadt.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 3. Februar 1899.

Der General-Anzeiger und die Fleischvertheuerung.

Der „parteilose“ „General-Anzeiger“ will es bekanntlich im Interesse eines guten Geschäfts möglichst allen seinen zahlreichen Lesern recht machen. Das zeigte sich wieder deutlich bei der Frage der Abschaffung der Schlachtwsteuer, wo das „gesinnungsstolzige“ Blatt sich gestern durchbar entschloß über die bösen Freisinnigen, die sich gegen die Aufhebung jener Steuer sträuben und damit dem armen Arbeiter das Fleisch weiter vertheuern, während es heute ein Liedlied singt auf die Herren vom Verein zum Schutz von Handel und Gewerbe, die im Interesse des „Mittelstandes“ gegen die Aufhebung der Schlachtwsteuer protestieren. Der oberste Grundsatz des edlen Blattes lautet eben: non olet, es riecht nicht — nämlich das Geld der Abonnenten und Inserenten!

In den letzten Tagen hat der „General-Anzeiger“, seinem Grundzuge getreu, das Geld dort zu nehmen, wo es zu finden ist, seiner Auflage ein Flugblatt des Bundes der Landwirthschaft beigelegt, bestellt: „Die Erörterungen führt die angebliche Fleischnot“. Dies Flugblatt bringt in zwei Bogen, vierundzwanzig Spalten, in Petitformat eng gedruckt „Materialien aus den stenographischen Berichten des deutschen Reichstags über seine Sitzungen am 10. und 11. Januar 1899.“ In der Einleitung zu diesem stenographischen Bericht heißt es sehr bezeichnender Weise im Flugblatt wörtlich:

„Die Wiedereröffnung des Reichstages hat gleich zu Beginn den Gegnern der deutschen Landwirthschaft eine Niederlage gebracht, von deren niederschmetterndem Eindruck sie sich nicht so bald erholen werden. Sie war um so verachtender, als die Ueberher der „Fleischnot“-Agitation in unbegrenztem Verblendung wohl gemeint hatten, mit dem unsinnigen Beitrags- und Entrichtungskürme alle Gründe gefunden vernünftig über den Haufen werfen zu können. Das konnte ihnen natürlich nie gelingen. Im Volke ist man sich über die Sachlage klar geworden und es dürfte auch weitesten Kreisen einleuchten, wie richtig das Vorgehen der Erbringer der Interpellation über die „Fleischnot“ war, die ganze diesjährige Tagung des Reichstages vor vornehm unter den Ernst der großen wirtschaftlichen Frage zu stellen. Da nun leider ein wohl großer Teil der deutschen Presse die Verhandlungen des Reichstages über die Interpellation über die „Fleischnot“ in sehr entstellter Weise zur Kenntnis gebracht hat, so geben wir sie im Nachstehenden nach dem stenographischen Berichte nochmals ausführlich wieder.“

So der „General-Anzeiger“ in seinem agrarischen Flugblatt. Wie aber bringt er nun diese wichtigen Verhandlungen seinen Lesern in „nicht entstellter“ Weise nach dem stenographischen Bericht zur Kenntnis? In der That gibt er die Reden genau im Stenogramm wieder — aber nur diejenigen Redner, welche eine Fleischnot und Fleischvertheuerung leugnen, der agrarischen, konservativen und nationalliberalen, wie der Redner der Regierung. So nimmt die Rede des Führers des Bundes der Landwirthschaft 4 Spalten, die des Grafen Posadowsky $4\frac{1}{2}$, des preußischen Landwirthschaftsministers $3\frac{1}{2}$ Spalten, die eines anderen Hauptlings der Agrarier, Dr. Rösle, wieder $4\frac{1}{2}$ Spalten ein und so herunter bis zum unbedeutendsten agrarischen Wortführer, von welchen keiner mit weniger wie eine Spalte bedacht wird. Die Reden der Gegner aber werden entweder ganz unterschlagen oder so verkürzt und entstellt, daß ihr Inhalt nicht wieder erkennen ist und geradezu lächerlich erscheint. Die Rede des Sozialdemokraten Stolle wird ganz unterdrückt. Der „Widerlegung“ derselben Seiten des Redner Wigg, Nisslein und Paasche und des Staatssekretärs Grafen Posadowsky werden dann aber nicht weniger wie walle drei Spalten des Flugblattes gewidmet. Ebenso verschwindet die bekanntlich äußerst geschilderte und meistgewisse Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Seuffert auf Seite und schreibt für fünf und zwölf Seiten ent-

dem Zusammenhang getisst, produziert, um damit den Einbrud zu erreichen, daß es Herrn Tschöck nur auf das Wohlgehen des Auslands ankomme.

Der oberösterreichische Zentrumsabgeordnete Dr. Stephan hat bei der hier in Rede stehenden Gelegenheit bekanntlich eine sehr ausführliche und sachliche Rede gehalten, die zum Verdruss der agrarischen Fleischvertheuerer die Unhaltbarkeit und Verderblichkeit der oberösterreichischen Grenzwerke für Vieh scharf und wütig nachwies. Wie nun stellt sich diese Rede dar in dem vom „General-Anzeiger“ verbreiteten Flugblatt, also in nicht entstellter Weise nach dem stenographischen Bericht?

Der Abgeordnete Dr. Stephan beleuchtete dann in vorgerückter Stunde noch die Verhältnisse seines oberösterreichischen Wahlkreises. Wenn er auch gleich seinem Fraktionsgenossen Gerstenberger für die Spalte entrait, so holt er doch die unbedingte Spalte gegen Russland nicht für ratsam, weil der große Bedarf des oberösterreichischen Industrieortes nicht aus dem Regierungsbereiche Oppeln und auch nicht aus Schlesien allein gedeckt werden könnte. Dem von dem Abgeordneten Dr. Rösle diesbezüglich gegebenen Hinweise, daß wiederholte Versuche der norddeutschen Landwirthe, Schweine nach Schlesien zu importieren, an dem Boykott des Händlerringes gescheitert seien, wußte Herr Dr. Stephan nichts als seinen persönlichen Zweifel entgegenzusetzen. Ebenso mußte er angeben, daß das oberösterreichische Schweinekontingent nicht ausgenutzt sei, ohne daß er auch aus dieser Thatache die entsprechende Lehre gezogen hätte.

Dann folgt der nicht entstellte „stenographische“ Bericht über die Rede Röckers wie folgt:

„Inzwischen wiss der Zeiger der Uhr bereits die sechste Stunde an. Das Haus war höchst ermüdet und es ereigte allgemeinen Unwillen, als der Präsident trotzdem noch dem Abgeordneten Röckert das Wort ertheilte. Glücklicherweise sprach er kurz. Er redete mit der Thatache, daß bereits Alles gesagt sei, was in der Sache gesagt werden könnte und beschränkt sich im Wesentlichen darauf, den Vorwurf zu widerlegen, als seien die Gegner der Spermatoren unnational. Herr Röckel verteidigt sich dann aber mehrmals im Wort, so daß er wiederholet die Heiterkeit des Hauses erregte.“

Doch genug der Proben „wahrheitsgetreuer“ Berichterstattung unserer Agrarier und ihrer Helfershelfer. So sieht der „General-Anzeiger“ aus, daß „unparteiische“ Blatt, das angeblich warm für die Interessen des Volkes eintritt. Solche erlogene Berichterstattung, sollte direkte politische Falschmünzerei im Dienste der Agrarier wagt ein Blatt wie der „General-Anzeiger“ der Arbeiterbevölkerung einer Großstadt wie Breslau zu bieten, obwohl diese Bevölkerung in ihren wichtigsten Interessen, in ihrer Ernährung, ihrer Wohlfahrt, ja ihrer Existenz durch die unerhörten, gradezu wucherischen Bestrebungen jener Agrarier- und Junkersippe auf das höchste gefährdet wird.

* * * Für unanonyme Postkarten erhebt nach einer Berliner Meldung die Postverwaltung seit dem 1. Januar nicht mehr das Strafsporto für unfrankierte Briefe, sondern nur den doppelten Betrag des Portos für Postkarten.

* * * Die Feuerwehr ist zur Zeit damit beschäftigt, an einer größeren Anzahl Straßengassen neue Blechtafeln in rothbrauner

schüssliche Willenserklärung abzulegen. Nach dem Tode des Vaters schulpflichtig werdende eheliche Kinder sind stets in dem väterlichen, außerehelichen Kinder sind stets in dem väterlichen Religionsbekennnis zu erziehen. Die Annahmen, zu denen Geburts- bzw. Taufurkunde, sowie Baptismus mitzubringen ist, können schon jetzt, jedenfalls aber noch vor Ablauf des Monat März, erfolgen und sind bei derjenigen Konfessionschule, welche der Wohnung des Kindes am nächsten liegt, anzubringen.

* * * Experimental-Vorträge. Wir machen unsere Leser nochmals aufmerksam auf die am 6. und 7. Februar, Abends 8 Uhr, im Schießweder stattfindenden Vorträge des Privatgelehrten H. Wempe aus Oldenburg über die neuesten Ergebnisse der elektrischen Forschung. Wer bis jetzt noch keine Eintrittskarte besitzt, kann nur ersucht werden, daß Versammlung eintrittlich nachzuholen, denn nicht so bald dürfte sich wieder die Gelegenheit bieten, für ein Eintrittsgeld von 25 Pf. solch interessante Vorträge zu hören. Herr Wempe hat dieselben schon in zahlreichen Städten Deutschlands vor den verschiedensten Kreisen gehalten; immer und überall waren seine Zuhörer des Lobes voll.

* * * Wochenbericht des statistischen Amtes der Stadt Breslau. In der Berichtswoche vom 22. bis 28. Januar 1899 sind 82 Geschlechter gemeldet worden. In der Vorwoche wurden 285 Kinder geboren. Davon waren 242 ehelich, 43 unehelich, 23 lebend geboren (14 männlich, 13 weiblich), 9 totgeboren (8 männlich, 1 weiblich). Einschließlich der nachträglichen Meldepunkten sind 212 Sterbefälle (107 männlich, 105 weiblich) in der Berichtswoche vorgekommen. Todesursachen: Schlag 1, Magern und Rötheln — Rose — Diphtherie 1, Gruß — Bruch — Bruchdurchfall 2, Magen- und Darmskatarrh 23, andere akute Darmkrankheiten 1, akuter Gelenk rheumatismus — andere Infektionskrankheiten —, Krebs 7, Gehirnenschlag 7, Krämpfe 13, andere Krankheiten des Gehirns 14, Lungenschwund 33, Lungen- und Luftröhren-Entzündung 23, andere akute Krankheiten der Atemorgane 4, andere Krankheiten der Atemorgane 8, Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 14, alle übrigen Krankheiten 54, Verunglücksung 2, Selbstmord 2, Todschlag —, Unbekannt 2.

* * * Für unanonyme Postkarten erhebt nach einer Berliner Meldung die Postverwaltung seit dem 1. Januar nicht mehr das Strafsporto für unfrankierte Briefe, sondern nur den doppelten Betrag des Portos für Postkarten.

* * * Die Feuerwehr ist zur Zeit damit beschäftigt, an einer größeren Anzahl Straßengassen neue Blechtafeln in rothbrauner

Farbe einzubringen zu legen, welche unverzüglich in Roth erhöhten Mitglieder zu beginnen, welche unverzüglich ergänzen resp. erhöhen. Hierbei sei darauf hingewiesen, daß der Krankenunterstützungsbund der Schneider am 1. März 1874 in Braunschweig mit 500 Mitgliedern gegründet wurde, mitbin am 1. März d. J. 25 Jahre besteht und am Schlusse des Jahres 1898 22.500 Mitglieder zählt, mit über 500.000 Mark Vermögen. Die Feier des 25jährigen Bestehens soll durch ein Jubelfest, bestehend in Soirée und Tanz im „Tivoli“, Neudorfstraße, am Sonntag, den 12. Februar, begangen werden. (Siehe Frierat.)

* * * Das Narrenfest des Männer-Gesangsvereins „Viederkratz“ findet dieses Jahr in dem Etablissement „Wappenhof“ (Morgenau) statt. Wir machen darauf aufmerksam, daß von 12 Uhr Nachts Omnibusse zur Rückfahrt bereit stehen. Programme sind in den bekannten Kommanditen und an der Kasse zu haben.

* * * Der Warenverkauf in Kellerräumen des Neue Schweiditzerstraße 1 belegenen Geschäftshauses der Firma F. M. Schneider ist im vorigen Herbst von der Polizei auf Grund des § 39a der Baupolizei-Ordnung untersagt worden. Der Betriebsausschuss hat gestern die Verfolgung des Polizeipräsidiums bestätigt.

* * * Ein falsches Einmarschkästchen erhielt eine Osthändlerin von der Siebenbürener-Straße in Böhming.

* * * Selbstmord. Am 31. Januar, Abends, stürzte sich ein Haushälter bei der Dötschleuse in die Oder und fand bald einen Tod. Die Polizei wurde fortgetrieben.

* * * Straßenausbau. Ancheinend derselbe Bursche, der wiederholt auf der Straße Kinder verläuft, entzog am 1. d. Mts. Vormittags auf der Neuenhöhe einer sechsjährigen Soldarbeiterstochter eine Mitgliedskarte des Konsumvereins und versuchte auch ihr ein Handtäschchen gewaltsam fortzunehmen, was ihm aber nicht gelang. Der Straßendäuber trug grünen Hut und blaue Jacke.

* * * Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängnis wurden am 1. d. Mts. 45 Personen eingeliefert. Gefundene wurden: ein goldener Trauring, eine goldene Brosche mit Steinchen, eine kurze Kette mit zwei Kreolen, eine Handadluftpumpe, ein Pfandschein, eine Brosche und ein Reisegewänder. — Zu handeln kamen: ein Diamantring mit einem Rubin, einem Turmal und einem Diamant, eine goldene Brosche mit einem Herz und zwei Steinchen, eine goldene Damenuhr mit kurzer Kette, ein halbes Dutzend Taschentücher, eine wollene Klebefedde, ein blaues Kleidchen und eine Flusmanchette.

* * * Gewerbegericht. Sitzung vom 2. Februar. Vorsitzender Stadtrath Peter von Dreyer berichtete vor dem Geheimrat über einen Streitfall, in welchem ein früherer Zugführer der Kleinbahn Breslau-Trockau-Prausitz gegen diese klagte. Durch die Schul des Zugfahrs soll sich Ende Oktober d. J. angeblich ein Unfall ereignet haben, welcher der Gesellschaft Materialschaden verursachte. Er wurde deshalb ohne Entschädigung entlassen und verlangt Entschädigung für eingangenes Rohr; außerdem klagt er Kilometergelder, Umzugskosten, Uniformentschädigung und seine Kution, insgesamt über 350 M. Ein. Der Richter verhafte, daß der Unfall nicht auf seine Unvor-

Deutsches Kaufhaus.

Für die Einsegnung!

4515 ist eine Auswahl Jünglings-Auszüge v. 6,00 M.

Die Winterwaren werden zu beispiellos billigen Preisen abgegeben.

de. Chaivet v. 9,00 M.

de. Kamag, Diag., v. 12,25 M.

de. Kamag, Prince, v. 14,50 M.

Deutsches Kaufhaus, zur Ohlauerstraße 45b an der Promenade.

Deutsches Kaufhaus

sichtigkeit sondern auf mangelhafte Schutzvorschriften zurückzuführen wäre, weshalb die Entlohnung zu Unrecht erfolgt sei. Die Sache wurde damals schließlich zum Zwecke der Verleugnung von Sachverständigen vertragt. Wir waren damals der Meinung, daß sich das Gewerbege richt in dieser Sache irrtümlicher Weise für zuständig erklärt habe, da Eisenbahnunternehmungen nach § 6 der Gewerbeordnung nicht zu den gewerblichen Betrieben gerechnet werden. Im heutigen Termin bezweifelte des Bevölkerer der Befragten, Beamtesinspektor Dietrich, wiederum die Zuständigkeit des Gewerbege richts. Nach letzter Erwähnung erklärte sich dasselbe auch für unzuständig, weil nach § 2 des Gewerbege richtsgesetzes, Artikel VII und § 6 der Gewerbeordnung Streitigkeiten zwischen den in Eisenbahnbetrieben beschäftigten Arbeitern und ihren Arbeitgebern nicht zur Zuständigkeit des Gewerbege richts gehören. Der Vorschlag hielte dem Kläger anheim, seine Klage beim Amtsgericht vorzudringen.

Liegnitz. 1. Februar. Die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse für Arbeiter zu Liegnitz, G. H. Nr. 8, hielt am Sonntag, den 29. Januar, im Central-Cafe ihre Generalversammlung ab. Aus der Jahresrechnung geht hervor, daß die Kasse im Jahre 1898 von 374 auf 404 Mitglieder gestiegen ist. Erhaltungsfälle verbunden mit Erwerbsunfähigkeit gab es 109 mit 1834 Rentenfällen. Sterbefälle 4. Die Gehaltsentnahmen betrug 8601,85 Mark, die Gesamtausgabe 420,84 Mark, bleibt ein hoher Überschuss von 151,01 Mark. Außerdem bezog die Kasse noch 4514,83 Mark in Wertpapieren und Sparschenkungen, somit beträgt das Gesamtvolumen 4695,34 Mark, bei Schluss des Vorjahrs betrug das Gesamtvolumen 3015,26 Mark, es ist also im Jahre 1898 ein Übertritt von 1679,98 Mark erzielt worden. Von Belegern sind 1268,41 Mark dem Reservefonds zugeführt worden, so daß dieser jetzt 4192,46 Mark beträgt, während der Kasse noch ein Betriebsfonds von 502,88 Mark verbleibt. Die durchschnittliche Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre beträgt 359,07 Mark, dies ist der gesetzlich vorgeschriebene Mindestbetrag des Reservefonds. Trotzdem die Kasse die Kostenunterhaltung auf neun Rentenzenen, also schon vom Tage des Eintritts der Erwerbsunfähigkeit abzahlt, ist es doch gelungen, in den 5½ Jahren des Bestehens den Mindestbetrag des Reservefonds um 50,39 Mark zu überschreiten, angedeutet noch 502,88 Mark Betriebsfond zu behalten. Die Kasse ist dadurch in die angenehme Lage versetzt, ihren Mitgliedern in nicht allzu ferner Zeit eine Erhöhung der Renteleistungen in Aussicht zu stellen. Um allen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche in dieser Beziehung zu äußern, soll dieser Punkt in der im Juli stattfindenden Generalversammlung besprochen und, falls das Jahr 1899 ebenso günstig abschließt wie die Vorjahr, im Januar 1900 endgültig darüber Beschuß gefasst werden. In Beitrat und Abrechnung kommen die Verlängerung der jetzt bestehenden 26 wöchentlichen Unterstützungs dauer, die Führer für Rentenabsichten, freie organische Entwicklung und Tätigkeit für Familienangehörige der Mitglieder, Erhöhung des Ertragsgeldes. Wünschenswert wäre es, daß auch alle Mitglieder zu den betreffenden Versammlungen erscheinen möchten, um zu erkennen zu geben, welche von diesen Verbesserungen sie wünschen. Da den Vorstand wurden gewählt die Herren M. Strobl als erster, H. Weber als zweiter Vorsitzender, B. Reiter als Kassier, B. Winkler als Schriftführer, P. Kirsch, P. Thelot, P. Tilgner als Beisitzer. In den Rentenabsichten die Herren R. Benzler, G. Küpp, P. Gazzola. Nachdem die Mitglieder noch auf die pünktliche Erfüllung der Vorrichtungen bereit und Förderungsumstellung, Bezugsgestaltung und Kremmierung aufmerksam gemacht worden, folgte der Vorsitzende die Versammlung.

Liegnitz. 3. Februar. Mit dem im Schuhmacher-Verein bei M. Winkler bestätigten sich eine Versammlung aus Dienst und unter einem Beitrag des Kollegen Thaler und einer Begründung der gegenwärtigen Verhältnisse wurde beschlossen, noch einen Spargangsvorschlag zu machen. Die Unterstützung der Zahl für die Verteilung ist auf lange Zeit hinzu gestrichen.

Freiberg. 2. Februar. Berndorf hat sich unter finanzieller Unterstützung seiner Familie und vieler Freunde der frühere Elternhafter eines Wittenbergs, jetzige Geschäftsführer 3. im Hermann bei Slogau.

Großberg. 2. Februar. Ein gefährlicher Zugang nahm eine Schlägerei, die Anfangs dieser Woche hier stattfand. Einem jungen Kaufmann wurde von einem Schlägergefecht mit einem wuchtigen Hieb die Hirnschale durchgeschlagen. Die Verletzung ist lebensgefährlich und wird für den Schläger noch als mit dem gleichen schweren Folgen haben.

Plauen. 2. Februar. Ein jüdischstämmiger Bauer aus seiner Arbeitgeber sein, der nach dem überdrücklichen "Juden" seinen Sommermantel durch folgenden Brief zur Kenntnis nahm: Herr B... Ich muß Ihnen mitteilen, was meine Freunde zu mir in diese das Jahr Donnerstag kommen, wenn Sie mich kommen befiehlt werden. Sie hat mich gefragt, ob Sie unbesehen diese Woche kommen würden für kommen nach und ich werde Ihnen von Montag auf eins das ja aber leichter Donnerstag kommen, sonst ist der zweite Tag das einzige Derting wird. Hochachtungshallo...

Reichenbach. 1. Februar. Ein jüdischer Einflüssefall beim Reichenbacher Rathaus geriet vor Wittenberger Richterischen Rat und Wend. Dabei rief ihm das gehende Werk das Kap zum Todestag ab und zertrümmerte den Körper an der Wand, das ist in Stillstand geriet.

Bautzen. 2. Februar. Wieder kein Bisch war am Dienstag auf dem bietigen Fleischmarkt eingeschritten.

Leobschütz. 1. Februar. Todt aufgefunden wurde in Leobschütz eine Person eines Mannes. Sie lag abgestorben an der Straße und war aus Kopf Verletzungen auf. Die Untersuchung wurde wohl aufzurütteln geben, ob hier ein Mord besteht.

Platz. 1. Februar. In der Brunnenn entdeckten in der Abendzeit Söhne des Schlossermeisters Weidner.

Jasenowice. 2. Februar. Militärer Befehl. Bei der Besetzung der jungen Gemeinde besetzten die Soldaten sofort, haben die lokalen Bevölkerungen ihnen kein Gas mehr abzunehmen und zu bezahlen. Sie unterwarf durch gezwungen, ihnen die Regierung die Gewaltübernahme, Sammlungen und die Güter zu entziehen. — Auch das kann vorliegen.

Venuste Nachrichten.

Die ungünstige Debatte richtet sich die Regierung am Mittwoch, 1. Februar, in weiterer der Gesetzgebungsperiode berücksichtigt werden sollten, welche im Interesse unserer wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Fortschritts bestehen, daß die Debatte sich auf den sozialen und dem sozialen Wohlstand konzentriert. Dies ist jedoch bereit, um den nun zu erwartenden Entwicklungen die Bedeutung festzulegen.

"Goldene 74" werden aus Russland eingeführt, die Preise sind genau festgelegt, der Wettbewerber ist mit dem Preisvergleich nicht einverstanden, die Bevölkerung ist sehr erstaunt. Dies bestätigte, dass die sozialen Beziehungen fehlen und geistiger Widerstand besteht der sozialen politischen Partei.

Der "Gouverneur" arbeitet auf Bergbau, hat viele Jahre die Tatsache, die "Bergbau- und Industrie-Gesellschaft" mit einer Summe von zwanzig Millionen Dollar bestätigt.

Die Staatsminister der sozialen Staaten haben Melioration zu einer sozialen gesamtgesetzlichen und sozialen Sicherung zu einer Wohlfahrt aller Bevölkerungen gekommen, die sozialen Staaten der Sozialisation der sozialen Staaten und sozialen Sicherung. Die Bevölkerung ist davon überzeugt.

Schuhwaaf

Verkaufsstelle.

E. M., Ohlauer Landesvertreter sind wahrlich nicht diejenigen, welche im Interesse unseres wirtschaftlichen Wohlstandes und unserer friedlichen Entwicklung, wie im Namen wohrer Kultur und echter Humanität stolzen Protest erheben gegen die alle Grenzen sprengenden, bis zum Wohlstand gesteigerten unablässigen Forderungen des modernen Militarismus. So aber protestieren die Sozialdemokraten und nur diese! Sie, verehrter Herr, verstehen von der Sozialdemokratie offenbar nicht mehr, wie der Esel vom Leutenschlagen.

Standesamtliche Nachrichten.

Bom 2. Februar.

Heirath & Ankündigungen. I. Hilf-Beichensteller Albert Bomba, Berlinerstraße 44a, und Agnes Wolf, Dorfstr. 12b. — Fahrweiss-Inspektor Alfred Sempert, Neue Laubehnstr. 31/32, und Clara Hoffmann, Kurze Gasse 29 — Kutscher Gustav Schmidt, zu Löbtau, Kreis Zossenbahn, und Rosina Schön, Catharinenstraße 19. — Soldat und Friseur Max Menger, Neumarkt 18, und Frieda Midlich, Borsigstraße 23. — Militärarzt Gustav Kämpfer, Humboldtstraße 14, und Maria Weiß, ebenda. — Kutscher Robert Scheer, Borsigstraße 31, und Pauline Schwarzer, Paulstraße 7.

Beschließungen. I. Schuhmachermeister Josef Bohler, Uhrlauerstraße 28, mit Pauline Rothe, Juniorsstraße 34. — Holzbildhauer Otto Zimmermann, zu Bernau, Kreis Nieder-Bernau, mit Margaretha Zimmer, Stillerstraße 14. — III. Lackierer Hermann Walter, Borsigstraße 49, mit Erasmine May, Wernerstraße 27. — Buchdruckermeister Otto Keller, Friedrichstraße 9, mit Johanna Weiß, Lehmdamm 68. — Handlungseigener Julius Kämpfer, Weißstraße 61, mit Clara Rosemann, Ottostraße 44.

Stadt-Theater. Volks-Bühnungen im Thalia-Theater.

Freitag: „Fiegsfeld“. Sonnabend: „Schüler-Darbietung“.

Mittwoch 3 Uhr: „Wallensteins Lager“.

„Die Piccolomini“.

Abends 7 Uhr: „San Luis“.

„Marie, die Tochter des Regiments“.

Quelle-Theater.

Freitag: „Im weißen Rößl“. Sonnabend: „Schildete Menschen“.

Zhalta-Theater.

Sonntag: „Der heilige Trumpf“.

Sonntagsabend: 10 bis 3 Uhr bei Herrn Reinhold Ludwig, Ring 10/11.

Canarienzüchter

Charpie, Nester, Zuchtwiebelchen, Futter

A. David,

ohlauer-Straße No. 32

Reelle Stoffe.

Jetzt

Auflösung

Wieder in der

Verschenkt

Soles-Muster-Mädel

Soles-Muster-Mädel